



## Pressemitteilung

Frankfurt, 21. November 2005

### **Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen geht online:**

[www.epn-hessen.de](http://www.epn-hessen.de)

Pünktlich zum zweiten Teil des UN-Weltinformationsgipfels (WSIS) in Tunis geht in dieser Woche die Internetseite des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen EPN e.V. ans Netz. *„In den Vorbereitungen zum Gipfel haben sich besonders die zivilgesellschaftlichen Akteure für Themen der Informationsfreiheit und des Informationszugangs eingesetzt. Fragen der Überwindung der sogenannten Digitalen Spaltung weltweit und der zugangsfreien Ausgestaltung einer globalen Wissensgesellschaft sind bereits seit langem Gegenstand politischer Forderungen entwicklungspolitischer Organisationen“*, so Andreas van Baaijen, Koordinator des EPN Hessen e.V.

Die neugestalteten Internetseiten des Netzwerkes verstehen sich als Forum der Entwicklungspolitischen Arbeit in Hessen. *„Eine möglichst breite Zielgruppe soll sich auf unseren Seiten über Hintergründe, landesweite Aktivitäten und lokale Veranstaltungen des Netzwerkes und seiner Mitglieder informieren und verständigen können“*, so Andreas van Baaijen.

Zur Ausgestaltung der Internetseite ging das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen EPN e.V. eine ungewöhnliche Partnerschaft ein: Zusammen mit dem Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (ZIT) an der TU Darmstadt und der Agentur dimedis in Köln soll in den nächsten Monaten und Jahren eine interaktive Informations- und Kommunikationsplattform entstehen, die insbesondere den Mitgliedern des Netzwerkes erweiterte Online-Handlungsmöglichkeiten bietet. *„Wir wollen mit diesem Projekt einen Beitrag zur kooperativen Zusammenarbeit von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft leisten!“* sagt Stephanie Petrasch von der TU Darmstadt.

Neben der konzeptionellen Arbeit übernimmt das Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (ZIT) die wissenschaftlich Begleitung der Projekte. Ziel ist es, interaktive Online Angebote und webgestützte Lernprozesse zu optimieren. Als technische Plattform wird das Redaktionssystem @it der Firma dimedis eingesetzt, das sich durch eine hohe Benutzerfreundlichkeit auszeichnet und die Standards an ein barrierefreies Design erfüllt.

#### **Kontakt:**

**Andreas Van Baaijen, Koordinator**

**EPN Hessen e.V., Vilbeler Strasse 36, 60313 Frankfurt**

**Tel. 069 / 9139 5170, email: [info@epn-hessen.de](mailto:info@epn-hessen.de), [www.epn-hessen.de](http://www.epn-hessen.de)**

---

## **EPN Hessen zum UN-Weltinformationsgipfel:**

### **Die Informationsgesellschaft sozialisieren!**

Der UN-Informationsgipfel in Tunis

Die digitale Revolution

Die sogenannte Informationsgesellschaft ist längst Realität geworden in weiten Teilen der Welt. Die digitale Revolution und die globale Vernetzung durch das Internet haben die Welt erobert. Informations- und Kommunikationstechnologien bestimmen zunehmend das soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben weltweit.

Diese Entwicklungen sind bislang weitgehend unreguliert verlaufen, die Politik wurde durch die neuen Wirklichkeiten der digitalen Revolution regelrecht überrannt. Noch existieren keine internationalen gesetzlichen Regelungen oder gar völkerrechtlichen Vereinbarungen.

Dabei sind die Wirkungen der sog. Informationsgesellschaft sowohl für das tägliche Leben der Menschen als auch für die weltweite Ökonomie epochemachend.

Jedoch, auch dieses neue Zeitalter produziert Ausschluss, stärkt neue Eliten, schafft Gewinner und Verlierer. Die internationale Regulierung der Internetverwaltung wird noch immer von einer privaten Firma (ICANN) unter US-Aufsicht durchgeführt; persönlicher Eigentumsschutz steht vor der Idee von Wissen als kollektiv gesellschaftlichem Besitz; die „Entwicklung“ der marginalisierten Gesellschaften der Welt wird wieder einmal positivistisch über technischen Fortschritt definiert – um drei der streitbaren Bereiche zu nennen. Wenn euphemistisch von der globalen Wissensgesellschaft oder vom Prinzip des freien Informationsflusses gesprochen wird, so blendet diese Vision alle negativen Seiten der digitalen „Revolution“ aus.

Mögen die neuen Technologien theoretisch von allen Menschen nutzbar sein, so bleiben sie doch Eigentum von Konzernen und Interessensgruppen. Mögen Informationen heute auch vermeintlich frei verfügbar sein, so haben sie dennoch Preise und Kosten. Mag Wissen auch zunehmend global verfügbar sein, so unterliegt seine Veröffentlichung, Interpretation und Verwertung dennoch weiterhin ökonomischer Logik und diskursiver Zurichtung.

Information und Kommunikation haben in der digitalen Revolution ihren Warencharakter nicht verloren – im Gegenteil: in dem Maße, in dem sich neue Informationstechnologien weltweit durchsetzen, wächst die Privatisierung und Kommerzialisierung von Wissen und Information und der Zugang zu selbigen.

Der UN Gipfel

Wer ist international legitimiert, über die technische und politische Regulierung des Internet zu entscheiden? Der UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society – WSIS) ist nicht der erste Versuch der UN, Wissen und Kommunikation zum Gegenstand völkerrechtlicher Überlegungen zu machen. Die Versuche in den 70er und 80er Jahren durch die UNESCO, eine internationale Verständigung über Bedingungen einer „Weltinformations- und Kommunikationsordnung“ zu erreichen, scheiterten.

Der internationale WSIS-Prozeß begann 2003 auf seiner ersten Konferenz in Genf, und findet nun seinen vorläufigen Abschluss in Tunis. Das Abschlussdokument soll Vereinbarungen zur Frage der „Internet Governance“ enthalten und es wird auch um die Frage gehen, welche Rolle Informationstechnologie für Entwicklung spielen kann. Der Begriff der weltweiten „digitalen Spaltung“ und Möglichkeiten ihrer Überwindung ist Teil dieser Verhandlungen.

Die internationale Zivilgesellschaft übt Kritik an der Position der Regierungen und Konzerne, wonach die globale und regionale Ausweitung der Informationstechnologien Voraussetzung und Mittel zur weltweiten Überwindung von Armut und Unterentwicklung seien. Sie setzt dieser Position entgegen, die „digitale Spaltung“ beruhe nicht auf einem bloßen technologischen Ungleichgewicht und Nachholbedarf, sondern spiegele das grundlegende globale Machtgefälle wider. Sie sei Ausdruck der Vorenthaltung politischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Rechte innerhalb der Gesellschaften.

#### Gegenstrategien

- Wissen ist Erbe und Besitz der Menschheit und damit frei.
- Alle Menschen haben das Recht auf Kommunikation und Informationsfreiheit
- Kulturelle Vielfalt ist Bedingung für individuelle und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung
- Offene technische Standards und offene Foren der Diskussion garantieren die freie Entwicklung der Infrastrukturen - und somit eine selbstbestimmte und freie Kommunikation

Diese Forderungen sind Teil der Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft, erarbeitet von NROen auf Initiative der Heinrich-Böll-Stiftung, und eingebracht auf dem WSIS 2003 in Genf.

Das Entwicklungspolitische Netzwerk EPN Hessen und seine Mitgliedsorganisationen verstehen sich als Teil einer globalen Bewegung zur Entwicklung allgemein gültiger Standards für Informations- und Kommunikationstechnologien. Wissen und Information dürfen nicht privatisiert sein, ihre Nutzung darf keiner staatlichen Kontrolle unterliegen, sie dürfen nicht privatwirtschaftlich ökonomisch verwertet werden. Wenn der Zugang zu Wissen derart entscheidend wird für die Menschen und die Gesellschaften, so muss dieser Zugang allen Menschen als Recht zugesichert werden. Die Überwindung dieser „digitalen Kluft“ weltweit ist nicht der Weisheit letzter Schluss, muss aber Bedingung und Ziel für eine gerechtere Weltinformationsgesellschaft sein.

Die Website des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen EPN [www.epn-hessen.de](http://www.epn-hessen.de) steht den Anliegen, Aktivitäten und Forderungen der entwicklungspolitischen Organisationen in Hessen zur Verfügung.

Informationen zum WSIS: [www.worldsummit2005.de](http://www.worldsummit2005.de)

EPN Hessen e.V., 21. November 2005